

Speziell in Ostdeutschland gehe es (vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen) um die Prüfung von Defiziten und von Bündelungsbedarf (Sinz). Es gelte, die Frage zu beantworten, wo, in welchen Größenordnungen und unter Zugrundelegung welcher Erreichbarkeitsstandards die neue Daseinsvorsorge ausgestaltet werden soll. Es werde zur Reduzierung der zentralen Orte kommen müssen. Die dann noch vorhandenen zentralen Orte müßten eine „Solidaritätsfunktion“ ausüben. Dazu bedürfe es einer Ausgleichspolitik. Zur Operationalisierung des Gleichwertigkeitspostulats sei es notwendig, Mindeststandards im Sinne zumutbarer Distanzen zu setzen.

Verschiedene Diskussionsteilnehmer hoben hervor, daß sich die Unterstützung für die strukturschwachen Regionen nicht auf die Gewährleistung einer Mindest-Daseinsvorsorge beschränken dürfe. Martin Gornig, DIW Berlin, betonte das Erfordernis der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Riedel hob das Erfordernis hervor, schwache Regionen zu befähigen, sich selbst zu helfen. Dies sei, so die Meinung Riedels, im Workshop noch zu wenig thematisiert worden. Es dürfe bei der Ausgleichspolitik nicht nur um die Sicherung von Grundbedürfnissen gehen, sondern auch um die Befähigung der Bewohner strukturschwacher Regionen, sich selbst aus der schwierigen Situation herauszubringen. Die Argumentation mit Marktunvollkommenheiten zur Begründung von Ausgleichspolitik sei sehr abstrakt. Erforderlich sei bei-

spielsweise die Vermittlung angepaßter Bildungsinhalte und die Verbesserung der Absorptionsfähigkeit von Regionen für neue Technologien. Möglicherweise böten die etablierten ökonomischen Theorien und Modelle nicht hinreichend Ansatzpunkte für die Ausgestaltung einer solchen Politik einer Hilfe zur Selbsthilfe, und man müßte gegebenenfalls auch Anleihe in anderen Theoriezweigen, etwa in der Entwicklungsökonomik, nehmen.

### *Fazit*

Die Notwendigkeit einer Neuorientierung in der Raumentwicklungspolitik wurde auf dem Workshop weithin bejaht. Bei der Beantwortung der Frage, wie eine stärkere Wachstumsorientierung erreicht werden soll, stößt die Politik unverändert auf das Problem der Identifikation der „richtigen“ Wachstumsräume, und es lassen sich aus der Empirie bislang kaum praktikable instrumentelle Ansatzpunkte für eine räumliche Wachstumspolitik ableiten. Bei der Verbesserung der Wirksamkeit der Ausgleichspolitik steht vor allem die Aufgabe an, neue Mindeststandards der Daseinsvorsorge zu definieren und Anreize zu schaffen, daß auf mittlere Sicht die Transferabhängigkeit der Empfängerregionen verringert werden kann. Dazu werden im Abschlußbericht entsprechende Vorschläge unterbreitet.

*Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de*

## IWH-Bauumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2006: etwas stabilere Ertragslage, Erwartungen weniger pessimistisch

Auch im Jahr 2005 hatten Sonderfaktoren, vor allem Vorzieheffekte infolge der Kürzung der Eigenheimzulage, Restmaßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden und einzelne Großprojekte, die bis 2002 beobachtete steile Abwärtsbewegung der Bauproduktion abgebremst. Die Beschäftigung ist dabei etwas stärker als im Jahr zuvor abgebaut worden, was sich positiv auf Produktivität und Arbeitskosten ausgewirkt hat.

Ungeachtet dessen sind die Bauunternehmen nach wie vor einem harten Wettbewerb ausgesetzt:

Obwohl die ostdeutschen Bauinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung inzwischen deutlich den Stand in den alten Bundesländern unterschreiten, ist der Besatz an Beschäftigten auf dem Bau im Osten immer noch deutlich höher als im Westen. Auf 1 000 Einwohner kommen rund 40 Bauarbeiter und somit zwei Drittel mehr als in alten Bundesländern. Zudem sind entgegen dem vorangegangenen Trend im Bauhauptgewerbe in den letzten beiden Jahren per saldo mehr Betriebe neu hinzugekommen als aus dem Bestand ausgeschieden. Im zu-

rückliegenden Jahr erhöhte sich die Betriebszahl um 2%, vor allem aufgrund von Kleinstbetrieben (Ich-AGs, Existenzgründungen und Ausgründungen aus größeren Betrieben), die den eingesessenen Betrieben kostenseitig Konkurrenz machen. Von den 23 094 Betrieben des Bauhauptgewerbes beschäftigten laut Totalerhebung des Statistischen Bundesamtes im Juni 2005 inzwischen 92% weniger als 20 Mitarbeiter (Westdeutschland: 90%). Diese Betriebsgruppe hat im Unterschied zu den übrigen Betrieben auch hinsichtlich der Beschäftigtenzahl an Bedeutung zugenommen. Ihr Anteil liegt nun mit 48% in etwa so hoch wie in den alten Ländern. Eine ähnliche Entwicklung dürfte sich im Ausbaugewerbe vollzogen haben.

Auch die vom IWH im Dezember 2005 durchgeführte Baumfrage weist auf stark divergierende Entwicklungen hin. Trotz der Sondereinflüsse mußten die Unternehmen im zurückliegenden Jahr ihre Produktion zum Teil kräftig einschränken. Die Rückgänge waren sowohl im Wohnungsbau als auch im Nichtwohnbau mit etwa 6% nahezu so hoch wie im Jahr zuvor. Ein Viertel der Unternehmen – und dies gilt für alle Sparten – mußte sogar Umsatzeinbußen von mehr als 10% verbuchen. Ein ähnlich

hoher Anteil an Unternehmen hat die Umsätze allerdings um mehr als 10% steigern können. Eine Betrachtung nach Betriebsgrößenklassen zeigt, daß diese Tendenz auf ein günstigeres Verhältnis von Expansion zu Schrumpfung im kleinbetrieblichen Sektor zurückzuführen ist. Hier ergibt sich im Unterschied zu den übrigen Gruppen ein eindeutiges Übergewicht von Unternehmen mit Umsatzzuwächsen gegenüber denen mit Umsatzrückgang.

Unterschiedliche Tendenzen zeigen sich auch hinsichtlich der Ertragslage. Eine leichte Verbesserung wäre hier zu erwarten gewesen, weil die Beschäftigung stärker reduziert wurde als die Bauleistung gesunken ist. Diese Entwicklung wurde allerdings im vergangenen Jahr von den Preissteigerungen bei Mineralöl und bezogenen Vorprodukten sowie dem Wettbewerbsdruck konterkariert. So ist im IWH-Panel die Zahl der Unternehmen mit Gewinn zurückgegangen (vgl. Tabelle 1). Davon betroffen ist hauptsächlich der Tiefbaubereich, wo die Verteuerung von Kraftstoffen, Metallen und Halbzeugen (hier vor allem Rohre) besonders zu Buche schlägt. Bei schwacher öffentlicher Nachfrage und gleichzeitigem Auslaufen flutbedingter infrastruktureller Maßnahmen war

Tabelle 1:

Entwicklung der Ertragslage in den Ende 2005 aktiven ostdeutschen Bauunternehmen  
- in % der befragten Unternehmen -

	2002	2003	2004	Voraussichtl. 2005
<i>Baugewerbe insgesamt</i>				
Gewinn	43	44	40	37
Kostendeckung	33	36	37	46
Verlust	24	20	23	17
<i>Hochbau</i>				
Gewinn	36	42	40	41
Kostendeckung	33	37	36	41
Verlust	31	21	24	18
<i>Tiefbau</i>				
Gewinn	51	53	41	31
Kostendeckung	33	34	36	51
Verlust	16	13	23	17
	100	100	100	100
<i>Ausbau</i>				
Gewinn	43	37	37	34
Kostendeckung	33	37	41	50
Verlust	24	26	22	16
Jeweils insgesamt	100	100	100	100

Fälle: 2002: 281, 2003: 284, 2004: 285, 2005: 286.

Quelle: IWH-Baumfrage vom Dezember 2005.

eine vollständige Überwälzung auf die Baupreise auszuschließen. Bei den Hochbauleistungen ist dies stärker gelungen, wie auch die Preisindizes der Baunachfrage nach Sparten zeigen.

Alles in allem hat sich aber auch der Anteil der Verlustbetriebe verringert – eine zweifellos positive Nachricht. Die Bauunternehmen verharren in weit geringerem Maße als im Jahr zuvor im Verlustzone. Zugleich ist die Fluktuation innerhalb der Gruppe der Gewinnunternehmen geringer geworden (vgl. Tabelle 2). Das Bemühen der Unternehmen um eine Verbesserung bzw. erfolgreiche Verteidigung der einmal erreichten Ertragssituation scheint somit im letzten Jahr – wenn auch nur in einem kleinen Schritt – gefruchtet zu haben.

Zudem haben die ostdeutschen Unternehmen ihre Position auf den Baumärkten außerhalb der neuen Länder halten können. Laut IWH-Umfrage ist seit einigen Jahren ein fester Teil von Unternehmen erfolgreich in den alten Bundesländern tätig (vgl. Tabelle 3). Dieser Anteil schwankt zwischen den Sparten von 42% bis 50%. Dabei ist die Tendenz zu beobachten, daß nach einer erfolgreichen Etablierung versucht wird, den Umsatzanteil dort systematisch auszuweiten. Inzwischen reali-

sieren 12% der Unternehmen mehr als die Hälfte ihres Umsatzes in den alten Bundesländern. Eine ganze Reihe von Unternehmen ist zudem außerhalb Deutschlands aktiv.

Tabelle 2:  
Veränderung der Ertragssituation im Zeitraum von 2003 bis 2005 im Baugewerbe Ostdeutschlands  
- in % der Unternehmen gemäß der Ertragslage im Vorjahr -

	Gewinn	Kostendeckung	Verlust	
<b>2004</b>	<b>2005</b>			
	Gewinn	73	23	4
	Kostendeckung	14	73	13
	Verlust	12	43	45
Insgesamt	37	46	17	
<b>2003</b>	<b>2004</b>			
	Gewinn	68	19	13
	Kostendeckung	19	64	18
	Verlust	19	30	51
Insgesamt	40	37	23	

Quelle: IWH-Baumfrage vom Dezember 2005.

Tabelle 3:  
Anteil des Umsatzes der ostdeutschen Bauunternehmen in den alten Ländern an ihrem Umsatz insgesamt  
- in % der befragten Unternehmen -

	Kein Absatz	bis 10%	11 bis 50%	mehr als 50%	Insgesamt
<i>Baugewerbe insgesamt</i>					
2003	56	17	17	10	100
2004	54	18	17	11	100
2005	54	16	18	12	100
<i>Hochbau</i>					
2003	53	23	16	8	100
2004	53	21	15	11	100
2005	50	19	19	12	100
<i>Tiefbau</i>					
2003	60	16	16	8	100
2004	53	20	18	9	100
2005	57	16	17	10	100
<i>Ausbau</i>					
2003	57	11	19	13	100
2004	58	10	18	14	100
2005	58	10	18	14	100

Fälle: 306.

Quelle: IWH-Baumfrage vom Dezember 2005.

Tabelle 4:

## Umsatz- und Beschäftigungserwartungen für 2006 im ostdeutschen Baugewerbe

	Zunahme			Gleich- stand	Abnahme				Saldo aus Zu- und Abnahme	Veränderung gegenüber 2005
	über 5%	bis 5%	Ins- gesamt		Ins- gesamt	bis 5%	5 bis 10%	über 10%		
	<i>in % der Unternehmen je Bauparte</i>							Prozentpunkte		
<i>Umsatzerwartung</i>										
Bauhauptgewerbe	20	9	29	25	46	14	13	22	-17	-2,2
dar.: Hochbau	22	6	28	28	44	15	13	16	-16	-2,5
Tiefbau	18	13	31	21	48	13	13	22	-17	-2,0
Ausbaugewerbe	12	20	32	27	41	7	13	21	-9	-3,7
Baugewerbe insgesamt	18	12	30	25	45	12	13	20	-15	-2,4
<i>Beschäftigungserwartung</i>										
Bauhauptgewerbe	33	13	46	7	47	18	11	18	-1	-1,9
dar.: Hochbau	35	11	46	9	45	15	12	18	1	-1,8
Tiefbau	32	13	45	6	49	22	10	17	-3	-1,9
Ausbaugewerbe	27	13	40	13	47	8	12	27	-7	-3,8
Baugewerbe insgesamt	31	13	44	9	47	15	11	21	-3	-2,2

Fälle: Umsatzerwartungen n = 214, Beschäftigungserwartungen: n = 276.

Quelle: IWH-Bauumfrage vom Dezember 2005.

Geringfügig hat sich die Liquiditätslage im zurückliegenden Jahr verbessert, auch wenn mit 52% nach wie vor eine Mehrheit der Unternehmen diese als schlecht bezeichnet (Dezember 2004: 54%). Eine Verbesserung ist vor allem bei den Hoch- und Ausbaufirmen eingetreten, während die Tiefbauunternehmen eher von einer Verschlechterung berichten. Kleine Fortschritte zeichnen sich hinsichtlich des Zahlungsverhaltens der Kunden ab. „Nur noch“ 24% der Befragten vermelden eine Verschlechterung (Vorjahr: 32%). Allerdings bleibt der Anteil der Unternehmen, die Forderungsverluste melden, mit 87% weiterhin extrem hoch. Bei 46% der Unternehmen, das sind 4 Prozent weniger als im Jahr zuvor, erreichen die damit verbundenen Einbußen mehr als 0,5% des Umsatzes.

Für das laufende Jahr 2006 bleiben die befragten Unternehmen zwar in der überwiegenden Mehrheit skeptisch, die erwarteten Einbußen fallen aber etwas geringer aus als im Jahr zuvor (vgl. Tabelle 4). Nach der Umsatzschätzung, die wie in den zurückliegenden Jahren nur reichlich zwei Drittel der Befragten wagten, ergibt sich ein Rückgang von etwa 2,4%. Der Personalabbau von 2,2%, bezogen auf den durchschnittlichen Stand im Jahr 2005, deutet allerdings auf keine weiteren Produktivitätssteigerungen hin. Dies ist vor allem auf die

kleineren Betriebe zurückzuführen, die im laufenden Jahr signifikant häufiger am positiven Ende der Skala vertreten sind und im Durchschnitt einen Personalaufbau anstreben.

Wie in den zurückliegenden Jahren streuen die Einschätzungen zur Umsatz- wie Beschäftigungsentwicklung innerhalb der Sparten und zwischen ihnen beachtlich. Auch wenn im Unterschied zu früheren Jahren die Häufung der Unternehmen am negativen Ende der Skala etwas geringer ausfällt, dürfte der Selektionsprozeß an Schärfe nicht abnehmen. Davon ist vor allem das Ausbaugewerbe betroffen. Reichlich ein Viertel dieser Unternehmen erwartet einen mehr als zehnpromtigen Beschäftigungsabbau. Im Durchschnitt ergibt sich sogar ein Beschäftigungs- und Umsatzrückgang von knapp 4%, obwohl die Geschäftsaussichten angesichts der vorgesehenen Absetzbarkeit von Aufwendungen für handwerkliche Bauleistungen durch private Haushalte, der vorgezogenen Aktivitäten privater Haushalte wegen der Abschaffung der Eigenheimzulage und der Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht so schlecht scheinen. Die Skepsis ist hier wohl vor allem wegen der Konkurrenz von Seiten der Existenzgründungen und Ich-AGs besonders ausgeprägt.

*Brigitte.Loose@iwh-halle.de*